

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 68  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

Eckart Kuhlwein MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, untersucht das Verhältnis Schule, Bundeswehr und Friedensforschung: Bitte keine amtlich verordneten Verteidigungsschulbücher. Seite 1

Erwin Horn MdB zum 25jährigen Bestehen des Beirats für Fragen der inneren Führung: Fruchtbare Wirken. Seite 4

Heinz Westphal MdB gratuliert Kurt Mattiok zur Vollendung des 75. Lebensjahres: Sozialdemokratisches Denken und Handeln. Seite 5

Wolfgang Schwenk MdB beschreibt sein Klassentreffen in Berlin-Ost: Miteinander reden. Seite 7

### Dokumentation

Dieter Rogalla MdEP zur symbolischen Abnahme eines Zoll-Schildes an der niederländischen Grenze. Seite 9

38. Jahrgang / 118

24. Juni 1983

Schule, Bundeswehr und Friedensforschung

-----  
Bitte keine amtlich verordneten Verteidigungsschulbücher

Von Eckart Kuhlwein MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft

Die von den Kultusministern der Länder betriebene Auseinandersetzung um das Thema Friedens- oder Sicherheitspolitik in der Schule, hat in diesen Wochen einen neuen Höhenpunkt erreicht. Die CDU-regierten Bundesländer haben sich erneut zu Wort gemeldet, der "Beirat für Fragen der inneren Führung" beim Bundesverteidigungsministerium hat ebenfalls Stellung bezogen. Beiden Papieren ist gemeinsam, daß es ihnen weniger um Friedenserziehung als um die Darstellung der Funktion der Bundeswehr im Unterricht geht. Beide Stellungnahmen kritisieren Defizite in der Schule und schließen, daß die Kultusminister der Bundesländer aufgefordert werden sollen, diesen Themen ein stärkeres Gewicht zu geben.

Das Thema beschäftigt die Kultusminister schon seit mehreren Jahren - bis heute ohne gemeinsamen Erfolg. Auslöser für die Kraftanstrengungen war die Beobachtung, daß immer mehr Jugendliche, vor allem aus den höheren Schulen, von ihrem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen Gebrauch machten. Die Sorge wuchs, daß mittel- und langfristig der qualifizierte Nachwuchs für die Bundeswehr fehlen könnte. In Wirklichkeit lagen die Motive jedoch noch tiefer: Der gesellschaftliche Konsens über die Notwendigkeit von Verteidigung und Erhaltung eines militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West schien zu bröckeln. Und wenn schon die Logik militärischer Strategien als Friedenssicherung die Köpfe und Herzen junger Menschen nicht mehr erreichte, sollte wenigstens die Schule retten, was anders nicht mehr zu retten war.



Nun ist der Verweis auf die Schule auch nicht grundsätzlich falsch. Natürlich muß eine Bildungseinrichtung, die umfassend auf das Leben vorbereiten will, möglichst viele gesellschaftliche und politische Fragen in ihre Arbeit einbeziehen. Da ist die Vorbereitung auf die Arbeitswelt, die Diskussion über ökologische Fragen, die Vorbereitung auf andere Rollen in der Familie. Und da rangiert bestimmt nicht an letzter Stelle die Frage, wie Menschen, Gruppen von Menschen und Staaten Konflikte regeln sollten und könnten, und welche historischen Voraussetzungen in dem Land dafür gegeben sind, in dem die Schüler leben. Aber was man von Schulen nicht erwarten kann und darf, ist das Einpauken bestimmter friedens- oder sicherheitspolitischer Konzepte. Demokratische Schule darf nicht zum Einhämmern der Notwendigkeit zur Raketenstationierung mißbraucht werden.

Die Kultusminister der SPD-regierten Länder haben in ihrem Vorschlag zur "Friedenserziehung in der Schule" sehr richtig festgestellt, Angebote im Unterricht für Identifikationen dürften nicht aufgedrängt werden. Keine Form der Bemühungen um Frieden dürfe von vornherein als die richtige, einzig mögliche, realistische deklariert oder als die falsche beziehungsweise utopische oder gar vom "Gegner gesteuerte" diskriminiert werden. Das gilt in beiden Richtungen: Für die überlieferten Verteidigungskonzepte, aber auch für die Positionen der Friedensbewegung. Der Beirat für Innere Führung indes sieht das - wie sollte es bei einem Beratergremium des Verteidigungsministers anders sein - etwas einseitiger. Er will wie die CDU-Kultusminister in der Schule zum Dienst in der Bundeswehr motivieren lassen, weil der Bundeswehr selbst in der kurzen Zeit des Wehrdienstes nicht zugemutet werden könne, sich selbst und ihren Auftrag zulegitimieren. Was dabei vermittelt werden soll, liest sich entsprechend einseitig:

- Informationen über die Sicherheits- und Entspannungspolitik der Bundesrepublik und die Notwendigkeit der Wehrpflicht,
- Verdeutlichung der Tatsache, daß die Friedens- und Verteidigungsbereitschaft keine Gegensätze sind, und daß die Erhaltung des "Friedens in Freiheit" (das kommt einem doch aus dem Wahlkampf bekannt vor) zentraler Wert aller Verteidigungsbemühungen ist,
- kritische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Friedensforschung und alternativer Verteidigungskonzeptionen (wobei über kritische Auseinandersetzungen mit den gegenwärtig praktizierten Konzepten nichts gesagt wird).

Für die Umsetzung seiner Ziele sieht der Beirat Anstrengungen der Aus- und Weiterbildung der Lehrer, bei den Schulbüchern und beim Schulfunk, bei den Bildstellen aller Ebenen und bei den Zentralen für politische Bildung vor. Wie das laufen, und wer die Lernziele und die Lerninhalte vorgeben soll, wird besonders deutlich, wenn gefordert wird, Schulbuchautoren und Schulbuchverlage müßten von den Kultusministerien der Länder "unter Beteiligung des Bundesministeriums der Verteidigung aufgefordert werden, das Thema Sicherheit und Frieden und die Aufgaben der Bundeswehr angemessen in den Schulbüchern zu behandeln".

Da ist Indoktrination mit gesellschaftlich längst nicht mehr konsensfähigen Strategien und Konzepten beabsichtigt - oder wer glaubt, daß ausgerechnet das Bundesverteidigungsministerium Material für alternative Verteidigung oder Begründungen für individuelle Gewissensentscheidungen gegen den Dienst mit der Waffe liefern wird? Das Lernziel Frieden ist eine zu wichtige Sache, als das man die Oberaufsicht für die Lernprozesse denen überlassen dürfte, deren Selbstverständnis zu einseitiger Betrachtungsweise zwingt.



Dasselbe gilt auch für den Vorschlag des Beirats, das in Unterricht vermittelte Wissen "sinnvoll" durch Informationsbesuche von Schulklassen in Einrichtungen der Bundeswehr beziehungsweise der NATO-Partner zu ergänzen. Die Vorführung von Waffen und das Gespräch mit Berufssoldaten dürfte objektiv zum Thema Friedenserziehung nicht mehr beitragen als die Lektüre von Friedensappellen, Filmbilder über Hiroshima oder das Gespräch mit Überlebenden aus Vietnam.

Damit ich richtig verstanden werde, zum Abschluß einige Thesen:

1. Selbstverständlich hat auch Sicherheits-, Friedens-, Entspannungspolitik in der Schule ihren Platz. Nicht als besonderes Fach, sondern vor allem im Rahmen einschlägiger Fächer wie Geschichte, politische Bildung, aber auch Deutsch und Religion. Und vielleicht sogar auch aus der Sicht der Naturwissenschaften. Angesichts der nuklearen Bedrohung der Welt sollten diese Themen in der Schule sogar an hervorragender Stelle behandelt werden. Denn immerhin soll Schule den jungen Menschen die Fähigkeit vermitteln, für sich selbst Antworten auf die Fragen der Welt zu finden, in die sie hineinwachsen.
2. Friedenserziehung als Teil des Unterrichts muß unter der pädagogischen Verantwortung des Lehrers gestaltet werden. Das kann mit Material des Bundesverteidigungsministeriums ebenso gelingen wie mit Analysen der Friedensforschung - aber bitte keine amtlich verordneten Verteidigungsschulbücher.
3. Die Schule sollte sich für das gesellschaftliche Umfeld ohnehin stärker öffnen. Aber bitte nicht nur für Kasernenbesuche. Für praxisorientiertes Lernen gibt es viele Möglichkeiten - Betriebe, kommunale Einrichtungen, Verbände und Vereine. Für den engeren Bereich der Friedenserziehung auch die Bundeswehr, aber nicht nur die. Die Diskussion in Friedensgruppen, die Besichtigung von Gedenkstätten aus der NS-Zeit, Gespräche mit jungen Ausländern können zur Klärung des eigenen Standpunktes eher mehr beitragen als die Besichtigung blitzender Panzer und Raketen. Und die Patenschaft zwischen Schule und einer Kaserne wäre nur eine sehr einseitige Möglichkeit, die gesellschaftliche Wirklichkeit in die Schule zu holen. Es gibt Bereiche, die die Patenschaft einer Schule dringender nötig hätten. Und ich habe einen Horror vor dem Brigadewappen als Gessler-Hut im Forum einer deutschen Schule.
4. Und schließlich: Friedenserziehung ist in erster Linie Sache des Lehrers und mit zunehmendem Alter der Schüler selbst. Jugendoffiziere und Kriegsdienstverweigerer sind dafür nicht besser qualifiziert als Lehrer, Pastoren, Arbeiter und Friedensforscher. Ein besonderes Zugangsrecht ist deshalb abzulehnen. Wenn die Schüler die Möglichkeit bekommen sollen, aus Gesprächen mit lebenden Menschen ihre eigene Identität zu entwickeln, müssen viele Berufe und Erfahrungen zum Zuge kommen können. Meinetwegen unter anderem auch Jugendoffiziere - aber ohne Privilegien!

Die Empfehlung des Beirats führt in der Diskussion nicht weiter. Und dasselbe gilt für den Vorschlag der CDU-Kultusminister. Beide Papiere gehen an dem vorbei, was die sozialdemokratischen Kultusminister formuliert haben. Ideologische Aufrüstung kann nicht Aufgabe der Schule sein. (-/24.6.1983/ks/ca)

+ + +



**Fruchtbares Wirken**  
-----

**Der Beirat für Innere Führung wird 25 Jahre alt**

**Von Erwin Horn MdB**

**Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion**

Seit am 27. Juni 1958 der damalige Bundesminister der Verteidigung den 1. Beirat für Fragen der Inneren Führung zu seiner konstituierenden Sitzung nach Bonn einberief, sind nahezu 25 Jahre vergangen. In diesen Tagen können die Mitglieder des derzeit 6. Beirats auf ein Vierteljahrhundert einer Arbeit zurückblicken, die sich für die Bundeswehr und die Öffentlichkeit gleichermaßen furchtbringend ausgewirkt hat. Dem jetzigen Verteidigungsminister ist zuzustimmen für seine Bemerkung: "Er (der Beirat) hat eine segensreiche Wirkung für die Bundeswehr und ihre Einordnung in die Gesellschaft sowie für die Gesellschaft selbst."

Aus dem ursprünglichen Auftrag, den Minister "in Fragen der Inneren Führung der Bundeswehr aus eigenen Erkenntnissen und Erfahrungen ehrenamtlich mitzuberaten und sich von Fall zu Fall für die Erörterung grundsätzlicher Sachfragen zur Verfügung zu stellen", ist eine kontinuierliche Tätigkeit von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in wechselnder Zusammensetzung geworden, die Aufmerksamkeit und Anerkennung verdient und die in anderen Armeen ihresgleichen sucht. So gesehen ist der 25. Geburtstag des Beirats auch ein Erinnerungstag in der Geschichte der Bundeswehr und ein Markenzeichen für die Entwicklung, die die Streitkräfte in unserem demokratischen Staat genommen haben.

Zu zahlreichen Fragen und Problemen unserer Bundeswehr hat der Beirat für Fragen der Inneren Führung Empfehlung abgegeben, die vom Bundesministerium der Verteidigung weitgehend übernommen und die damit tägliche Praxis für die Bundeswehr wurden. Den Stellenwert dieser für viele von uns heute selbstverständlichen Tatsache kann nur der ermessen, der die fundamentalen Unterschiede zwischen der inneren Struktur der Bundeswehr und früheren deutschen Armeen oder Streitkräften in nichtdemokratischen Ländern in West und Ost kennt.

Das Erfolgsrezept für das Gelingen dieser schwierigen und nicht konfliktfreien Arbeit ist das Prinzip der Inneren Führung, die gesetzliche Verankerung der Bundeswehr als Teil der Exekutive in unserem Staat und die erfolgreich verwirklichte Integration der Soldaten der Bundeswehr als "Staatsbürger in Uniform" in die Gesellschaft unseres Landes.

In diesem Sinne kann man nur wünschen, daß die erfolgreiche Zusammenarbeit im Wechselspiel zwischen Bundeswehr und Beirat viele weitere Jahre andauern möge!

(-/24.6.1983/ks/ca)

+ + +



**Sozialdemokratisches Denken und Handeln**  
-----

**Kurt Mattick zur Vollendung seines 75. Lebensjahres**

Von Heinz Westphal MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

3

Der Lebensweg von Kurt Mattick, der am 27. Juni sein 75. Lebensjahr vollendet, spiegelt die Geschichte der SPD und insbesondere die der Berliner SPD von Weimar bis zur Gegenwart wider. Er ist exemplarisch für sozialdemokratisches Denken und Handeln:

Kurt Mattick war

- dabei, als in Weimar für die Erhaltung der Demokratie gekämpft wurde,
- im Widerstand gegen Hitler,
- da, als es galt, die Trümmer zu beseitigen und Neues, Besseres aufzubauen,
- da im Kampf gegen einen neuen diktatorischen Machtanspruch, der dann unsere Stadt spaltete,
- da, als es galt, Berlin seinen Platz im Gefüge eines sich festigenden demokratischen Staates zu geben.

Das ist exemplarisch, das ist vorbildlich!

Seine politische Tätigkeit begann am 1. Mai 1924 als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend. Mattick war Jugendvertrauensmann in der Lehrlingswerkstatt von Borsig und hat sich von Anfang an aktiv für die Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratie eingesetzt. Es waren damals leider zu wenige, die gegen die Zerstörung der Weimarer Republik ankämpften. Die Arbeiterbewegung war gespalten und während der Wirtschaftskrisen Ende der zwanziger Jahre drohten weitere Abspaltungen. Es war sein Verdienst, daß in Berlin in der Arbeiterjugend diese drohenden Abspaltungen verhindert werden konnten. Zusammen mit Freunden war es sein Ziel, die Arbeiterbewegung zu erneuern und mit Hilfe einer so gestärkten Organisation die Machtübernahme der Nazis zu verhindern. Viele seiner Mitstreiter verkörperten wie er während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, entweder in der Emigration oder in den Konzentrationslagern, entweder im Untergrund oder im offenen Widerstand das andere, das bessere Deutschland. Sie waren die Hoffnung vieler Menschen, nicht nur im eigenen Lande.

So war es logisch und konsequent, daß Kurt Mattick seine Überzeugungen während dieser, für unser Land schrecklichen Zeit, in die damals illegale Gruppe "Neu Beginnen" einbrachte. Weil er sich klar darüber war, daß das nationalsozialistische Regime nur durch eine weltpolitische Katastrophe beseitigt werden würde, mußte er, daß Sozialdemokraten sich darauf vorzubereiten hatten, Vertrauen im deutschen Volk und draußen in der Welt für einen neuen demokratischen Anfang zu wecken.

Unsere Prinzipien von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wurden somit zu seiner Maßlatte für den demokratischen Aufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Es waren der Kampf um die Erhaltung der Freiheit, um die rechtsstaatlich-demokratische Grundordnung und die Auseinandersetzungen um den zukünftigen Weg der Partei, die Kurt Mattick in seiner besonderen Weise mitgeprägt hat. Sein aufopferungsvolles Wirken hat in entscheidendem Maße die Entwicklung der Berliner SPD beeinflusst. Und das bedeutete in diesen Jahren auch, das Gesicht dieser Stadt, den Platz Berlins in der Welt zu formen. Franz Neumann, Louise Schröder, Ernst Reuter, Otto Suhr, Willy Brandt - sie alle stützten sich auf Kurt Mattick, seine Treue, seine Zuarbeit, sein Flankieren ihres Handelns.



In Bonn hat Kurt Mattick dann die Rolle des Mahners für Berlin und für die Menschen im anderen Teil Deutschlands wahrgenommen. Man darf wohl rückblickend feststellen, daß Willy Brandt und er ein gutes Gespann waren, das entscheidende Weichen für die Bindungen der Stadt an den Bund gestellt hat.

Kurt Matticks politische Haltung war immer gekennzeichnet durch den konsequenten und unbedingten Kampf gegen jede Gefährdung demokratischer Politik durch totalitäre Herrschaftsansprüche. Dies galt für seine Arbeit im Widerstand, dies galt für sein Wirken in Berlin, dies galt für sein Engagement innerhalb der Sozialdemokratie.

Sein eigener Lebensweg hat ihn nie vergessen lassen, welche Fehleinschätzungen und falschen Entwicklungen vor 1933 in die Katastrophe danach geführt haben. Er hat diese Erfahrungen immer wieder an junge Menschen weitergegeben und dies ohne erhobenen Zeigefinger, aber mit Entschiedenheit. Er wollte nicht den Lehrmeister spielen, sondern vielmehr überzeugend gerade auf Jugendliche wirken, die eine kritische Grundhaltung zu den Entwicklungen in unserem Lande einnahmen. Seine ausgleichende Art kam ihm dabei oft zur Hilfe.

Für Kurt Mattick und uns heute nun auch schon Ältere kam nach Hitler ein zweites tiefgreifendes Generationserlebnis hinzu:

- Die Auseinandersetzung mit den Kommunisten,
- Erhaltung der unabhängigen SPD gegen den massiven Versuch der Zwangsvereinigung,
- Kampf gegen die Spaltung Berlins,
- Erhaltung der Freiheit dieses Teils der Stadt gegen die erdrückende Umarmung.

Diese Erfahrung hat Kurt Mattick in den Jahren danach, als es galt, den Kalten Krieg zu überwinden, zum ständigen Mahner, zum mahnenden Begleiter der einzelnen Entscheidungsetappen der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition werden lassen. Nicht etwa, daß er sich im Gegensatz zum Konzept der Entspannungspolitik befand: Nein er hat seine Erfahrungen eingebracht, um realistische Entscheidungen zu bewirken, die haltbar sind, selbst mit Vertragspartnern, die einer gänzlich konträren Ideologie anhängen. Gerade als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen konnte Mattick in diesem verantwortungsvollen Sinne wirken.

Menschliche Verbindlichkeit ist etwas, das jedem, der etwas über Kurt Mattick sagt, sofort wichtig ist. Und doch gibt es Stellen in seinem Wesen, wo er unerbittlich ist, nämlich dann, wenn es um Demokratie als Maßlatte des Verhaltens und der politischen Entscheidungen geht.

Kurt Mattick hat mit dafür gestritten, daß sich die SPD durch das Godesberger Programm öffnete und breiter werden konnte. Das Eintreten für die Ziele der Sozialdemokratischen Partei bedeutet für ihn das Eintreten für die Demokratie. Darin Erfolg gehabt zu haben, muß doch auch Genugtuung bedeuten!

Wir sagen Kurt Mattick Dank für seine Leistungen, Dank für seine Treue, für sein Vorbild. Wir freuen uns mit ih, daß sein Wirken auch von denen anerkannt und hervorgehoben wird, die unseren Staat repräsentieren. (-/24.6.1983/ks/ca)

+ + +



Miteinander reden  
-----

## Klassentreffen in Berlin Ost

Von Dr. Wolfgang Schwenk MdB

Vor 33 Jahren bestanden wir unser Abitur in einer kleinen Stadt in der Magdeburger Börde. Zusammen 38 junge Menschen von 18 bis 20 Jahren, Einheimische und Flüchtlinge wie ich, aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland. Die Stadt nahm uns wie selbstverständlich auf. Wir waren eine Schulgemeinschaft, in der kaum einer mehr hatte als der andere, in der das tägliche Roggenbrötchen die ganze Schulspeisung war, an der wir auch noch unseren Lehrer beteiligten, weil der auch nichts hatte. Das hat er uns nie vergessen!

Viele von uns damaligen Schülern haben die DDR verlassen, einige sind ausgewandert. Andere sind dort geblieben, in die Industriestandorte oder die Großstädte gezogen. Die Erinnerung führt uns wieder zusammen, die Vertrautheit einer Gemeinschaft in schwieriger Zeit.

Wir treffen uns in Berlin Ost, in das wir alle leicht gelangen können. Die Polizeibeamten an der Übergangsstelle Friedrichstraße sind sachlich, ja verbindlich. Ich habe es schon schärfer erlebt. Es ist Sonnabend, der 16. Juni 1983. Strahlender Sonnenschein. Unter den Linden flanieren Spaziergänger, drängen sich Besucher aus West und Ost vor dem alten Zeughaus. Aber wir sind von unserem Treffen voll in Anspruch genommen. Einige erkenne ich sofort wieder, bei anderen fällt es etwas schwer. Die Jahre sind nicht spurlos vorübergegangen. Einer ist nach zwei Herzinfarkten Frührentner. Eva spricht es aus: Die Zeit ist schneller abgelaufen, als wir uns das eingestehen wollen. Und deshalb sei es gut, daß wir uns wiederträfen. Über die Grenzen hinweg.

Wir schwelgen nicht nur in Erinnerungen. Wir sprechen über uns, über uns Deutsche in Ost und West. Wie wir uns verstehen, ob wir uns verstehen, ob wir uns noch verstehen. Ja, wir sprechen die gleiche Sprache. Magdeburger Tonfall beherrscht den Raum. Und doch wissen wir, daß uns auf deutschem Boden Machtblöcke trennen, denen wir angehören, ob wir wollen oder nicht. Daß wir wirtschaftlichen und sozialen Systemen angehören, die in ihren Unterschieden heftig widerstreiten.

Wir müssen behutsam miteinander umgehen. Viel Verständnis füreinander aufbringen. Dürfen nicht hervorkehren, was uns am anderen Staate mißfällt. Denn wir wollen unsere Gemeinsamkeiten erhalten, an denen wir hängen.



Die Mitteldeutschen verhehlen nicht ihre Genugtuung über ihre Leistungen. Sie hatten den schwierigeren Start. Sie haben sich gestellt, sich behauptet, wollen nicht nur den materiellen Wohstand des Westens gelten lassen.

Auffallend, wie sich die Frauen durchgesetzt haben! Sie sind stolz auf ihre Gleichberechtigung, sind in führende Stellungen gelangt. Sie schätzen, sagt Gisela, die soziale Absicherung ihrer Familie. Sicher, ihre Wohnung sei kleiner, als sie bei uns wäre. Das Warenangebot nicht zu vergleichen. Aber ihre Tochter habe eine gesicherte Berufsausbildung und werde ihren Platz finden. Sie könne manches nicht gutheißen, was sie über das West-Fernsehen mitbekomme.

Der 17. Juni, gestern, war für sie kein Feiertag. Sie haben die meisten der offiziellen Reden westdeutscher Politiker nicht verstanden. Wo auf einmal wieder von alten Rechten und Ansprüchen gesprochen wurde. Und unser nun schon alt gewordener Lehrer, wahrhaftig kein eingefleischter Sozialist, widerspricht vehement der Deutung des neuen Innerdeutschen Ministers Windelen, der 17. Juni sei ein Aufstand für die Einheit Deutschlands gewesen. "Nein" sagte er: Der 17. Juni habe sich zuerst gegen verschärfte Arbeitsnormen und dann gegen die Unfreiheiten dort gerichtet. Das solle ich, der Bundestagsabgeordnete, dem Minister einmal sagen. Das bewegt den alten Pensionär so sehr, daß er mir diese Bitte zum Abschied nochmals auf die Seele bindet.

33 Jahre liegen zwischen uns. Es gibt heikle Punkte. Aber die Verbundenheit ist so stark, daß wir es schaffen, miteinander zu reden und nicht aneinander vorbei.

Am 17. Juni im Bundestag, hat uns der Bundespräsident bei seiner Ansprache aufgefordert, die Bindungen zu den Menschen in der DDR zu pflegen, sie zu besuchen. Wird die nächste Generation es schaffen?

Ich fliege zurück. Unter mir fließen die Havel, die Elbe. Dann die Grenze. Brutal schneidet sie in die Landschaft.

Nachmittags sitze ich mit meinen kleinen Töchtern im Tretboot auf dem Burggraben. Die Begegnung mit Vergangenheit und Gegenwart dort in Berlin Ost schwingt in mir noch nach. Ob ich meine Kinder einmal mit Halberstadt und Quedlinburg, mit Erfurt und Schwerin vertraut machen kann?  
(-/24.6.1983/ks/rs)

+ + +





D O K U M E N T A T I O N

Dr. Dieter Rogalla, Mitglied des Europäischen Parlaments, hat am Freitag in Gronau/Glaner Brücke anlässlich der symbolischen Abnahme eines Zoll/Douane-Schildes folgende Erklärung abgegeben:

Die Zollschilder müssen verschwinden, weil sie im Widerspruch zum Gemeinschaftsrecht stehen

Dieses ist keine Unbotmäßigkeit und keine Bilderstürmerei.

Ich nehme als direkt gewählter Abgeordneter des Europäischen Parlaments meine Rechte und meine Pflichten wahr, auf Unzulänglichkeiten in der gemeinsamen europäischen Arbeit hinzuweisen.

Dieses geschieht auf der Grundlage und im Rahmen von Artikel 3, Buchstabe C, EWG-Vertrag, in dem der freie Personenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten gemeinschaftsrechtlich normiert ist.

Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung vom 9. Juni 1983, also vor zwei Wochen, im sogenannten Schieler-Bericht erneut gefordert, die Grenzkontrollen für die 280 Millionen Bürger in der Gemeinschaft zu lockern.

Meine Aktion besteht darin, ein Schild symbolisch zu entfernen, das mit dem Gemeinschaftsrecht in Widerspruch steht. Es gibt zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft keine Zölle mehr. Alle Mitgliedstaaten sind stolz darauf. Es kann demgemäß auch keine Zollstellen mehr geben. Paragraph 41 der Straßenverkehrsordnung, der dieses für die Bundesrepublik noch aufzeigt, muß demzufolge geändert werden.

Die Länder Belgien, Niederlande und Luxemburg haben dies jedenfalls bereits getan. An ihren Grenzen stehen Schilder: "Staatsgrenze oder Steuergrenze." Das ist ein Beispiel, dem auch andere Mitgliedstaaten folgen sollten.

Diese Aktion richtet sich gegen Niemanden. Sie soll nur die dringend notwendige europäische Zusammenarbeit vertiefen.

Mit der Aktion möchte ich das Schlußkapitel zum Abbau der Zoll- und Personenkontrollen innerhalb der Europäischen Gemeinschaften einleiten.

Ich zähle bei diesen Veränderungen auch auf das Verständnis der betroffenen Zoll- und Grenzschutzbeamten und ihrer Dienstvorgesetzten sowie der zuständigen Ministerien. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß die Zollbeamten und Grenzschutzbeamten die Letzten sind, die die derzeitige Lage zu verantworten haben.

Weg mit Grenzkontrollen und Schlagbäumen und Zoll/Douane-Schildern an den Binnengrenzen für eine bessere und gerechtere europäische Wirklichkeit.

(-/24.6.1983/ks/oa)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

